

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 21.10.2022
Sitzungsbeginn: 16:35 Uhr
Sitzungsende: 21:00 Uhr
Ort, Raum: Evangeliumshalle Wehrda, Oberweg 60, 35041 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	
-------------------------------------	--

reguläre Mitglieder

Hermann Heck - CDU	
Thorsten Büchner - SPD	
Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Maik Schöniger - Klimaliste Marburg	
Dirk Bamberger - CDU	
Jelena Noe - CDU	
Walter Jugel - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Lars Küllmer - CDU	
Roger Pfalz - CDU	
Heiko Schäfer - CDU	
Karin Schaffner - CDU	
Birgit von Barga - CDU	
Jan von Ploetz - CDU	
Lisa Deißler - FDP	
Michael Selinka - FDP	

Roland Frese - BfM	
Lena Frewer - B90/Die Grünen	
Sarah Kastner - B90/Die Grünen	
Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen	
Marion Messik - B90/Die Grünen	
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Martina Rupp - B90/Die Grünen	
Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Maximilian Walz - B90/Die Grünen	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Fatma Aydin - SPD	
Felix Burghardt - SPD	
Asmah El-Shabassy - SPD	
Myriam Hövel - SPD	
Schaker Hussein - SPD	
Alexandra Klusmann - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	
Steffen Rink - SPD	
Matthias Simon - SPD	
Anna Maria Zels - SPD	
Renate Bastian - Marburger Linke	
Roland Böhm - Marburger Linke	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Jan Schalauske - Marburger Linke	
Inge Sturm - Marburger Linke	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	
Salomon Lips - Klimaliste Marburg	
Jana Ullrich - Klimaliste Marburg	
Matthias Pozzi - AfD	
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	
Dietmar Göttling -	

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	
Dr. Michael Kopatz -	
Alev Lassmann - B90/Die Grünen	
Roland Stürmer - B90/Die Grünen	
Christoph Ditschler - FDP	
Prof. Dr. Lars Opgenoorth - Klimaliste Marburg	
Anne Oppermann - CDU	
Ulrich Severin - SPD	
Sevim Yüzcülen - SPD	

Protokollführung

Lothar Sprenger -	
Clara Easthill -	

Abwesend

reguläre Mitglieder

Marco Nezi - B90/Die Grünen	Entschuldigt
Jens Seipp - CDU	Entschuldigt
Andrea Suntheim-Pichler - BfM	Entschuldigt
Gerald Weidemann - SPD	Entschuldigt
Anja Meier-Lercher - Marburger Linke	Entschuldigt

Magistratsmitglieder

Kirsten Dinnebier - SPD	Entschuldigt
Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	Entschuldigt
Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	Entschuldigt
Marina Siffermann-Gorr - CDU	Entschuldigt
Marianne Wölk - SPD	Entschuldigt

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Sie gratuliert den Stadtverordneten Lukas Ramsaier, Dirk Bamberger und Hermann Heck nachträglich zu ihren runden Geburtstagen.

Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Im weiteren trägt die Stadtverordnetenvorsteherin die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen und der Absprachen, die im Ältestenrat getroffen wurden.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der Marburger Linken vor. Der Antrag erreicht das notwendige Quorum für die Dringlichkeit nicht. Protokollierung siehe TOP 1.1.

Anmerkung:

Zu den Tagesordnungspunkten 9, 12.1, 12.2, 12.4, 12.6, 12.17 und 12.20 ist Aussprache angemeldet. Die Aussprachen werden in der Tagesordnung vorgezogen und finden direkt nach den Wahlen (TOPs 4, 5 und 6) statt. Die Reihenfolge und Nummerierung der Tagesordnungspunkte in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Von 17:50 bis 18:07 und von 19:45 bis 20:01 ist die Sitzung für Kurzpausen unterbrochen.

Von 18:07 (TOP 12.1) bis 19:45 (TOP 12.6) hat der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Hermann Heck die Sitzungsleitung inne.

zu 1.1 Dringlicher Berichtsantrag betr. Personalsituation im Zuge der gesetzlichen Einführung mit Anspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/27

VO/0972/2022

Die Stadtverordnete Bauder-Wöhr begründet die Dringlichkeit des Antrages, gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink. Im Anschluss spricht der Oberbürgermeister zur Sache.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin stimmt die Fraktion der Marburger Linke für die Dringlichkeit.

Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten ist damit nicht erreicht. Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die antragstellende Fraktion gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.09.2022

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1, 2 und 5 bis 14 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet. Dr. Spies antwortet dabei in Vertretung für Stadträtin Dinnebier.

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Ist dem Magistrat bekannt, wer Eigentümer des Einfamilienhauses am Weinberg, mit großem Garten, direkt oberhalb des tegut-Parkhauses in der Ketzerbach ist und warum dieses Haus offenbar seit über 10 Jahren leer steht, also quasi mitten in der Stadt unbewohnt ist?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6.1 - Planen und Bauen
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Die Eigentümerschaft der genannten Liegenschaft könnte bei Bedarf und damit verbundenem berechtigtem Interesse festgestellt werden. Über die Gründe für den offensichtlichen Leerstand liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Ist dem Magistrat bekannt, was der jetzige Eigentümer der am Eingang zur Oberstadt befindlichen Gebäude der ehemaligen Oberstadtkinos mit diesem Anwesen vorhat und wird er Einfluss darauf nehmen, dass der Verfall der ziemlich verwahrlosten Gebäude bald gestoppt wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6.1 - Planen und Bauen
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Der Gebäudekomplex Steinweg 4 (ehemaliges Oberstadtkino) steht als Gesamtanlage unter Denkmalschutz, das Haupthaus und der rückseitige Kinosaal sind als Einzelkulturdenkmal inventarisiert.

Seit Eigentümerwechsel im Jahr 2016 sind verschiedene Bauanträge des von ihm beauftragten Planungsbüros seitens Bauaufsichtsbehörde und Unterer Denkmalschutzbehörde abgelehnt worden, da die geplanten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen massive Defizite aufwiesen. Die bisher vorgelegten Bauanträge waren aufgrund ihres mangelhaften Umfangs bzw. Inhalts teilweise nicht prüffähig. Nachträge waren insbesondere im Bereich Brandschutz und technische beziehungsweise denkmalgerechte Durchführbarkeit einer Sanierung vollkommen unzureichend.

Eine erneute Vorlage eines Bauantrags erfolgte am 15.6.22, auch dieser ist als fehlerhaft und unvollständig abgewiesen worden.

Die Bausubstanz ist ausreichend wetterfest gesichert, es sind z. B. keine Undichtigkeiten der Dächer bekannt.

Die herausgebrochenen Wandbereiche der früheren Vitrinenkästen für die Kinoplakate sind dem Eigentümer mitgeteilt worden und er wurde aufgefordert, diese offenen Oberflächen baldmöglichst fachgerecht zu schließen.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Maik Schöniger
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Warum ist das Wasserwerk Wehrda (MaStR-Nummer: SEE948688852675), das von den Stadtwerken Marburg betrieben wurde, seit 01.10.2021 vorübergehend stillgelegt und wann ist mit einer Wiederinbetriebnahme zu rechnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Die im Wasserwerk Wehrda ehemals betriebenen Wasserturbinen waren nicht mehr zu betreiben, da aus ökologischen Gründen verhindert werden musste, dass Öl aus Undichtigkeiten in die Lahn gelangte. Die Turbinen waren bereits überarbeitet, ausgetauscht und wiederholt undicht.

Aktuell wird das Wasserwerk neu errichtet. Das alte Wasserwerk (inkl. dem Wasserkraftwerk) muss im Anschluss an den Neubau saniert und/oder erneuert werden. Auch die vorhandene Fischtreppe und die Staustufe sind zu sanieren.

Für das Wasserkraftwerk und die Fischtreppe hat es in den vergangenen Jahren bereits einige Vorarbeiten gegeben, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht umgesetzt wurden. Nunmehr muss nun ein neues Konzept erarbeitet werden, um den erneuten Wasserkraftbetrieb gewäs-

serökologisch und wirtschaftlich tragfähig darzustellen. Ein Zeitplan existiert bei den Stadtwerken hierzu noch nicht. Die Geschäftsführung wird dem Aufsichtsrat aber in Kürze einen solchen vorlegen.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Maik Schöniger
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Gibt es weitere Wasserkraftpotentiale, die momentan in Marburg nicht genutzt werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sind Wasserkraftpotentiale der Lahn an mehreren Stellen überprüft worden. So gab es mehr oder weniger weit ausgereifte Planungen für das schwarze Wasser (Ölmühle) im Südviertel, für das Grüner Wehr und für das Afföller Wehr. Letztlich wurden die genannten Projekte aus verschiedenen Gründen nicht weiterverfolgt bzw. nicht umgesetzt. Insbesondere die Genehmigungsverfahren gestalten sich äußerst komplex und aufwändig. Sie führen häufig zu Auflagen, deren Erfüllung wirtschaftlich nicht darstellbar ist.

Bei der Nutzung der Wasserkraft besteht die paradoxe Situation, dass Altanlagen, die keinen oder so gut wie keinen Fisch- und Gewässerschutz bieten, Bestandsschutz genießen und zeitlich unbefristet weiter betrieben werden können. Dies, obwohl sie häufig sehr negative Auswirkungen haben.

Neu geplante Anlagen, die einen Fisch- und Gewässerschutz nach dem neuesten Stand der Technik planen, können hingegen aufgrund massiver zusätzlicher Auflagen häufig nicht wirt-

schaftlich betrieben werden.

Angesichts der Widerstände gegen den Ausbau der Wasserkraft sollte daher - auch angesichts der im Vergleich zur Wasserkraft sehr großen Potentiale - zunächst der Schwerpunkt auf Windkraft und Solarenergie gelegt werden.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Lukas Ramsaier
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Gab es seitens des Magistrats/der Stadtverwaltung jemals Aussagen bzw. schriftverkehrliche Anordnungen gegenüber den Stadtwerken/der MVG, wonach die Busbenutzung der Straße 'Am Gerichtsweg' (momentan durch die Linie 9) in Zukunft untersagt werden könnte?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die gegenläufige Befahrung des Gerichtswegs für die Linie 9 hat sich aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde bisher bewährt und sie funktioniert ausreichend sicher. Eine Untersagung des Linienverkehrs im Gerichtsweg ist derzeit nicht notwendig.

Der Straßenverkehrsbehörde sind keine entsprechenden Vorhaben bekannt und es erfolgte seitens der Behörde in diese Angelegenheit auch keine Ansprache an SWM und MVG.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Lukas Ramsaier
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

In Sozialen Netzwerken kursierte jüngst ein Gerücht, wonach das Ordnungsamt seit Neuestem Bußgelder für sogenannte 'Geschenkekisten' verhängen würde. Kann der Magistrat mit diesem Gerücht aufräumen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Sogenannte „Geschenkekisten“ werden von Bürger*innen meistens nicht mit böser Absicht im öffentlichen Raum abgestellt, sondern unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und dem Gedanken Mitbürger*innen eine Freude zu bereiten.

Allerdings können gerade auf dem Gehweg abgestellte „Geschenkekisten“ eine Gefährdung darstellen. Insbesondere können geh- und sehbehinderte Bürger*innen gefährdet werden, wenn diese stolpern, gezwungen sind auf die Straße auszuweichen oder sich mit dem Blindenstock nur noch schwer orientieren können.

Außerdem werden oftmals Gläser in den „Geschenkekisten“ abgestellt und diese von Passanten willentlich oder versehentlich zerbrochen, sodass sich die Scherben dann im öffentlichen Raum verteilen und wiederum zu einer Gefährdung führen. Auch angebrochene und abgelaufene Lebensmittel in den „Geschenkekisten“ führen dazu, dass Ratten und andere Schädlinge angelockt werden. Auch wurden schon Gefahrstoffe in den „Geschenkekisten“ festgestellt. Zudem kommt es teilweise vor, dass weitere Gegenstände zu den „Geschenkekisten“ beigestellt werden, welcher dann zusehends mehr öffentlichen Raum in Anspruch nimmt.

Im öffentlichen Verkehrsraum abgestellte „Geschenkekisten“ sind rechtlich als wilde Müllablagerungen zu qualifizieren. Dies gilt ebenso für Sperrmüll wie z.B. Sofas und Matratzen, welche mit der Aufschrift „zu verschenken“ versehen sind.

Gem. § 15 (1) des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) sind Verursacher*innen oder Besitzer*innen von Abfällen verpflichtet, diese zu beseitigen. Nach § 28 (1) KrWG dürfen Abfälle nur in zugelassenen Anlagen oder Einrichtungen abgelagert werden. Eine Zuwiderhandlung stellt eine Ordnungswidrigkeit gem. § 69 KrWG dar.

Werden Verursacher*innen von wilden Müllablagerungen im öffentlichen Raum ermittelt, können diese Ordnungswidrigkeiten auch zu einem Bußgeld führen.

Grundsätzlich bedarf es zudem bei der Benutzung einer Straße/Gehweg über den Gemeingebrauch hinaus einer Sondernutzungserlaubnis nach dem Hessisches Straßengesetz.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Wann werden alle Fußgängerbrücken über die Stadtautobahn mit Zusatzgeländern ausgerüstet/ertüchtigt sein, damit diese auch von Fahrradfahrern genutzt werden können?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Der Stroinskysteg ist beidseitig mit einer Geländeerhöhung ausgestattet.

Der Louis-Adorf-Steg (Bei St. Jost) befindet sich nicht in der Baulast der Stadt. Ein Termin für eine Geländeerhöhung ist noch nicht bekannt.

Der Adolf-Reichwein-Steg soll in Kürze eine Geländeerhöhung erhalten.

Der Hildegard-Hamm-Brücher-Steg ist beidseitig mit einer Geländeerhöhung ausgestattet.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

In der Stadtgärtnerei Ockershausen gibt es zumindest ein Gewächshaus, wo offenbar Tomaten gezüchtet werden. Welchem Zweck dient das?

Stellungnahme/Antwort durch:	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Stadtgärtnerei kultiviert seit etwa 20 Jahren Tomaten. Ursprünglich war die Kultivierung Teil eines Projekts, in dessen Rahmen regionales Gemüse an städtische Kindergärten und –tagesstätten geliefert werden sollte. Die Aufzucht erfolgt ohne Einsatz synthetischer Pflanzenschutzmittel.

Nach interessierten Anfragen aus der direkten Nachbarschaft wurde das Angebot auch Privatpersonen mit Erfolg zugänglich gemacht. Die Nachfrage ist seitdem kontinuierlich hoch.

Darüber hinaus ist die Kultivierung der Tomaten ein wichtiges Lernfeld für die angehenden Gärtnerinnen und Gärtner in der Fachrichtung Zier- und Produktionsgartenbau, die beim DBM seit jeher mit gutem Erfolg ihre Ausbildung absolvieren.

Bezogen auf die Gesamtaufgabenstellung handelt es sich um eine geringfügige, aber sinnvolle temporäre Ergänzung des Gärtnereibetriebes, die dann weniger als 10% der zur Verfügung stehenden Flächen beansprucht.

Die Aufgaben der Stadtgärtnerei werden im Zuge der aktuell laufenden Organisationsuntersuchung betrachtet und neu bewertet.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Einige Tage (am 6. 10.) nach der letzten Stadtverordnetenversammlung, in der Magistrat und Koalition wortreich erklärten, warum eine Abweichung von den RMV-Tarifen in einzelnen Wagen (sog. Insellösungen) furchtbar kompliziert, langwierig zu verhandeln und nur mit mehreren Jahren Vorlauf umzusetzen wäre, stand folgende Meldung in der OP:

Billigere Fahrpreise für Geringverdiener

FRANKFURT. Frankfurter mit einem geringen Einkommen sollen ab dem nächsten Jahr deutlich günstiger mit Bus und Bahn fahren dürfen. Sie müssten nur noch 30 Prozent des regulären Preises bezahlen, teilte die Stadt am Mittwoch mit. So soll für Schüler und Senioren mit einem entsprechenden Nachweis eine Jahreskarte 109,50 Euro kosten – das wären monatlich etwas mehr als neun Euro. Regulär wird diese Jahreskarte ab 2023 für 365 Euro angeboten.

Warum ist die Stadt Marburg nicht in der Lage, einen solchen ersten kleinen Schritt in Richtung kostenloser ÖPNV zu machen, zumal die benötigten Gelder ja schon im Haushalt stehen?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Ich befürchte, die Antwort muss erneut wortreich ausfallen. Die Fragestellung erscheint einfach, aber die Lösungsmöglichkeiten sind doch sehr komplex.

Grundsätzlich gibt es verschiedene Lösungswege, um zu einem einfachen preiswerteren oder kostenlosen Nahverkehrsticket zu gelangen:

1. Der für die Kommunen und Länder organisatorisch einfachste Weg war das bundesweit einheitlich eingeführte 9-Euro-Ticket. Das Ticket hat gezeigt, dass viele Menschen erfreut und be-

reit sind, den ÖPNV stärker zu nutzen. Es hat für vor allem Menschen mit wenig Geld eine bundesweite Mobilität ermöglicht, die sonst nicht gegeben ist.

Allerdings hat das 9-Euro-Ticket auch gezeigt, dass dieser Mobilitätsgewinn vor allem in urbanen Bereichen wirkt. Im ländlichen Raum war der individuelle Zugewinn deutlich geringer. Wo kein Bus fährt, nützt es nichts, wenn die Busfahrt billig oder umsonst wäre. Daher müssen Nahverkehrsangebote insbesondere in der Fläche attraktiver werden.

2. Das 9-Euro-Ticket ist Geschichte. Spannend ist nun, ob die Bund-Länder-Annäherung in Richtung eines monatlichen 49-Euro-Tickets letztlich umgesetzt wird. Sicherlich wäre ein solches bundesweite Ticket ein großer Gewinn für viele Menschen, da es - wie das 9-Euro-Ticket - eine einfach umzusetzende Idee ist und eine bundesweite Mobilität über den Nahverkehr zu einem sehr günstigen Preis ermöglichen würde. Die Finanzierung darf allerdings nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Außerdem muss es eine deutliche Förderung des kommunalen Ausbaus der Nahverkehrsangebote geben.

Wenig oder gar nicht von einem 49-Euro-Ticket profitieren allerdings Menschen, die in vom ÖPNV schlecht oder gar nicht erschlossenen Gebieten wohnen. Ferner profitieren von einer solchen Lösung nicht Menschen mit geringem Einkommen, die bislang den ÖPNV nutzen und momentan eine Monatskarte zum Preis von ca. 50 Euro erwerben und denen diese Mobilität auch genügt, beispielsweise zum täglichen Erreichen des Arbeitsplatzes.

3. Eine kommunale Lösung zu einem generell verbilligten Nahverkehrsticket innerhalb des RMV ist nur mit vielen Hürden zu realisieren. Dies ist in der letzten Stadtverordnetenversammlung ausführlich und wortreich dargelegt worden.

Hintergrund ist, dass der RMV als großer Verbund mit vielen Mitgliedern natürlich ein großes Interesse daran haben muss, dass es nachvollziehbare und einigermaßen einheitliche Tarifregeln im gesamten RMV-Gebiet gibt. Deshalb wäre ein Vorstoß innerhalb des RMV, dass Marburg grundsätzlich kostenlose oder stark verbilligte Stadtverkehre einführen will, in der Tat nur mit einem langen Vorlauf und intensiven Verhandlungen mit dem RMV umzusetzen. Neben vielen anderen Fragen müsste geklärt werden, was Menschen, die nicht ihren Wohnsitz in Marburg haben, für Fahrten in Marburg bezahlen müssen. Ferner müsste insbesondere in der sogenannten Einnahme/Ausgabe-Verrechnung innerhalb des RMV die Stadt Marburg dann wohl dem RMV die anteiligen Verluste erstatten, die dadurch entstünden, dass für die Fahrten in Marburg für den Verband keine oder weniger Einnahmen generiert würden. Außerdem widersprechen solche Einzellösungen in Mitgliedskommunen dem eigentlichen Grundgedanken des RMV, im gesamten Tarifgebiet möglichst einheitliche Regelungen zu schaffen. Von einer solchen Ausnahme für Marburg müsste nicht nur die Geschäftsführung des RMV, sondern insbesondere auch der Aufsichtsrat des RMV überzeugt werden. Es wäre spannend, ob Marburg in einer solchen Frage in dem sehr großen RMV-Aufsichtsrat von anderen Kommunen Unterstützung er-

fahren würde.

4. Der in der Fragestellung angesprochene Beschluss der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung geht einen anderen Weg. Frankfurt hat eine Änderung der Richtlinien zum Frankfurt-Pass beschlossen. Der Frankfurt-Pass ist in Teilen vergleichbar mit dem Marburger Stadtpass und regelt nicht generell günstigere Ticketpreise. Vielmehr können die nach den Richtlinien des Frankfurt-Passes Berechtigten einen Zuschuss zu einem Ticket beantragen.

Dies ist mit den Regelungen innerhalb des RMV vereinbar. Generell können reguläre RMV-Fahrpreise von den Kommunen subventioniert werden, wenn ein finanzieller Ausgleich in der Höhe der Differenz zwischen dem Abgabepreis und RMV-Fahrpreis an den RMV erfolgt. Dementsprechend gewährt der Marburger Stadtpass seit langem Vergünstigungen auf bestimmte RMV-Tickets. Einzelheiten regeln die vom Stadtparlament beschlossenen Richtlinien zum Marburger Stadtpass.

Der Kauf von vergünstigten Monatskarten sowie Schüler Tickets Hessen und Senioren Tickets Hessen ist, wie in Frankfurt, mit Vorlage des Marburger Stadtpasses in Marburg bereits seit langem schon möglich. Die Höhe der Zuschüsse sind in der Satzung und in den Richtlinien zum Marburger Stadtpass geregelt.

Frankfurt will nun über den Frankfurt-Pass alle Zeitkarten generell mit 70 % bezuschussen. Ob das auch für ein bundesweites 49-Euro-Ticket gelten würde, ist bislang nicht deutlich. Diese Frage ist nicht unerheblich, da Studierende innerhalb des RMV an den meisten beteiligten Hochschulen ja ein generelles Studi-Ticket erwerben (müssen) und damit kostenlos fahren. Würde das 49-Euro-Ticket auch für diese Gruppe verbilligt, könnte für einen Teil der Studierenden, die die Voraussetzungen erfüllen, sicherlich auch der Frankfurt-Pass bzw. den Marburger Stadtpass interessant werden, sofern sie Interesse haben, das bundesweite 49-Euro-Ticket zu nutzen. (Das Studierendenticket gilt ja anders als das 49-Euro-Ticket nur im RMV Gebiet)

Der Marburger Stadtpass ist zuletzt zum 1. Juli 2022 angepasst worden.

Grundsätzlich besteht nun die Möglichkeit, zum einen durch Erhöhung der Einkommensgrenzen den Kreis der Berechtigten auszuweiten.

Zum anderen besteht die Möglichkeit, dem Frankfurter Modell - immerhin die mit Abstand größte Stadt innerhalb des RMV - zu folgen und über den Marburger Stadtpass ebenfalls einen Zuschuss von 70% für alle Zeitkarten einzuführen - oder auch einen Zuschuss in beliebiger anderer Höhe.

Das weitere Vorgehen wäre mit dem RMV abzusprechen.

Die SWMR können, unter Wahrung der o.g. Fristen, die technische Umsetzung realisieren. Die Entscheidungsfindung über veränderte Zuschusshöhen oder geänderte Regularien muss durch den zuständigen Fachdienst der Universitätsstadt Marburg vorbereitet, im politischen Raum dis-

kutiert und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Dirk Bamberger
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie hoch beliefen sich die Kosten für die Bewerbung „Bürger*innen-Projekte im Gebiet Hansenhaus und Südbahnhof“?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stabsstelle 72 - Bürger*innenbeteiligung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Zur Erreichung von Zielgruppen bei Beteiligungsverfahren sind unterschiedliche Wege der Ansprache notwendig und – wie Erfahrungen der Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung zeigen – in der Regel zielführend. Die Kosten zur Bewerbung des Beteiligungsverfahrens „Digitale Ideensammlung (Crowdmapping) für den Stadtteiffonds Hansenhaus/Glaskopf/Südbahnhof“ belaufen sich auf 3.804,79 EUR. Maßnahmen umfassten u.a. die Erstellung (Layout, Druck, Verteilung) von Großflächenplakaten und haushaltsabdeckend verteilten Flyern. Zusätzlich wurden 600 zufällig ausgewählte Einwohner*innen angeschrieben. Die Kosten für die Zufallsauswahl betragen 550,50 Euro.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Hermann Heck
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wurden im vergangenen halben Jahr im Stadtteil Wehrshausen Baugenehmigungen mit Abweichungen von der aktuell gültigen Stellplatzsatzung erteilt und wenn ja, für welche Grundstücke?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 63 - Bauaufsicht
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Nein.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Warum sind seit Ende Juli und auf unabsehbare Zeit (in Wehrda wohl bis mindestens März 2023) die Verwaltungsaußenstellen Cappel, Marbach und Wehrda geschlossen und warum wurde dies weder den Bürger*innen noch den Ortsbeiräten kommuniziert?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Mitarbeiterinnen in den Verwaltungsaußenstellen sind Mitarbeiterinnen des Stadtbüros.

Im Juni und Juli 2022 verließen unabhängig voneinander und unvorhersehbar mehrere Mitarbeiterinnen des Stadtbüros die Stadtverwaltung, so dass die Arbeitsfähigkeit des Stadtbüros in Frage stand.

In der Folge mussten bis zur Neubesetzung der vakanten Stellen die Mitarbeiterinnen aus den Verwaltungsaußenstellen abgezogen und im Stadtbüro eingesetzt werden.

Dies wurde auch den Ortsvorstehern mitgeteilt. Durch Aushänge in den Verwaltungsaußenstellen, entsprechende Ansagen auf den Anrufbeantwortern und im Internet wurden die Bürgerinnen und Bürger darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsaußenstellen bis auf Weiteres geschlossen bleiben.

Die Information der Ortsbeiräte obliegt den Ortsvorstehern.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Damit ist die Zeit für die heutige Fragestunde abgelaufen. Die Fragen Nr. 2, 3, 15 und 16 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 4 Wahl eines Stellvertreters / einer Stellvertreterin für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke (ZMW)

VO/0949/2022

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende Maximilian Walz. Dem Ausschuss liegt ein Wahlvorschlag vor, der Stadtverordnete Uwe Volz. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht unterbreitet.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt die offene Abstimmung mit Handzeichen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt den Stadtverordneten Uwe Volz als Stellvertreter für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke (ZMW).

Abstimmungsergebnis:

Abgegebene Stimmen:	54
Uwe Volz:	54
Nein-Stimmen:	keine
Ungültige Stimmen:	keine

zu 5 Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Forensikbeirates**VO/0955/2022**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Walz. Dem Ausschuss liegt ein Wahlvorschlag vor, der Stadtverordnete Shaker Hussein. Weitere Vorschläge wurden nicht unterbreitet.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu dem Wahlvorschlag und die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen. Dem wird nicht widersprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt den Stadtverordneten Schaker Hussein für das Mitglied der SPD-Fraktion im Forensikbeirat.

Abstimmungsergebnis:

Abgegebene Stimmen:	54
Schaker Hussein:	54
Nein-Stimmen:	keine
Ungültige Stimmen:	keine

zu 6 Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Marburg - Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes**VO/0966/2022**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet erneut der Vorsitzende. Dem Ausschuss lag der in der Vorlage aufgeführte Wahlvorschlag vor. Weitere Vorschläge wurden nicht unterbreitet.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu dem Wahlvorschlag und die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen. Dem wird nicht widersprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin:

Beschluss:

Die Stadtverordnete Mariele Diehl wird als Mitglied für die Gruppe der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder in der Jugendhilfe erfahrene Frauen und Männer in den Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Marburg gewählt.

Als ihre Stellvertreterin wird die Stadtverordnete Jana Ullrich gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Abgegebene Stimmen:	54
Mariele Diehl/ Jana Ullrich:	54
Nein-Stimmen:	keine
Ungültige Stimmen:	keine

zu 7 Beschlussvorlage zur Beendigung des städtischen Förderprogramms zur Errichtung von Zugangspunkten zum Freifunknetz

VO/0723/2022

Für den Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation berichtet der Ausschussvorsitzende Schaker Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zur Vorlage.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließen die Stadtverordneten:

Beschluss:

Die Förderung zur Errichtung von Zugangspunkten zum Freifunknetz in der Universitätsstadt Marburg wird nicht fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	CDU/ FDP/ BfM, B90/ Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD
Nein-Stimmen:	Marburger Linke, Piratenpartie, StV. Götting
Enthaltungen:	keine

zu 8 Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2022 der Stadtwerke Marburg GmbH**VO/0354/2021-1**

Für den Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende Roger Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Im Anschluss ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der genehmigte Wirtschaftsplan 2022 wird um folgende Investitionen erweitert:

1. 220 T€ für Photovoltaik – Mieterstromanlagen
2. 180 T€ für das Fernwärmenetz Liebigstraße/Gutenbergstraße
3. 1.685 T€ für folgende Einzelmaßnahmen:
 - 3.1 1.000 T€ für die 20 kV-Anbindungsstrasse Umspannwerk-Nord I. Bauabschnitt
 - 3.2 350 T€ für die Anbindung zur Errichtung des BHKW III inkl. Peripherie für die Erweiterung des Heizkraftwerks Stadtwald
 - 3.3 210 T€ für die Mehrkosten für die aktuelle Hochtemperaturwärmepumpe
 - 3.4 75 T€ für Restarbeiten aus 2021 für das BHKW III und 50 T€ für die Oberflächenerneuerung des Heizkraftwerkes Ortenberg

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Dritter Marburger Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**VO/0916/2022**

Die Vorlage wurde im Ausschuss für Soziales, Gleichberechtigung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung vorberaten. Der Ausschussvorsitzende, der Stadtverordnete Böhm, berichtet, dass der Ausschuss einstimmig die Zustimmung zur Vorlage empfiehlt. Aussprache ist angemeldet

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Madeleine Stahl, Alexandra Klusmann und Dietmar Götting.

Nach Ende der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Dritte Marburger Aktionsplan EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern wird verabschiedet. Die darin enthaltenen Maßnahmen werden in einem Zeitraum von drei Jahren umgesetzt. Die Zuständigkeiten für die Realisierung der Maßnahmen und die Anmeldung von Haushaltsmitteln listet der Aktionsplan auf. Der Umsetzungsprozess wird vom städtischen Referat für Gleichberechtigung, Vielfalt und Antidiskriminierung geleitet. Die Facharbeitsgruppe EU-Charta und die Gleichstellungskommission sollen die Umsetzung des Aktionsplans EU-Charta eng begleiten und unterstützen.

Der Gleichstellungskommission ist vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM, B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg, Piratenpartei, StV. Götting
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: AfD

zu 10 Dringlichkeitsanträge

keine

zu 11 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

zu 11.1 Antrag des KiJuPa betr. Errichtung weiterer Fahrradständer

VO/0919/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation vorberaten. Für den Ausschuss berichtet der Vorsitzende Schaker Hussein. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zur Vorlage.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, die Errichtung weiterer Fahrradständer am Georg-Gassmann-Stadion, in der Universitätsstraße, in der Wilhelmstraße auf Höhe der Marburg Mall sowie in der Ketzerbach zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11.2 Antrag des KiJuPa betr. Entsorgungscontainer für Graffiti-Spraydosen

VO/0921/2022

Für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Ausschussvorsitzende Marion Messik. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in geeigneter Weise in der "Spray-Szene" bekannt zu machen und ggf. dafür zu werben, dass entleerte Spraydosen kostenlos beim Abfallservice des DBM abgegeben werden können und sollten. Mit Mitgliedern oder Insidern der "Spray-Szene" sollte das Gespräch gesucht und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden, wie künftig leere oder teilentleerte Dosen in möglichst großer Zahl der Entsorgung zugeführt werden können

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM, B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg, Piratenpartei, StV. Göttling
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: AfD

zu 12 Anträge der Fraktionen

zu 12.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Organisation und Durchführung von Essenausgaben

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt entgegen der Stimmen der Marburger Linken, den Antrag abzulehnen. Es ist Aussprache angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Roland Böhm und Tanja Bauder-Wöhr. Der Oberbürgermeister äußert sich zur Sache.

Nach Aufruf durch den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke

Nein-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM, B90/ Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD, Piratenpartei

Enthaltungen: keine

Der Stadtverordnete Götting befand sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal.

zu 12.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke und der Piratenpartei betr. Einführung eines Einwohner*innen-Energiegeldes

VO/0843/2022

Der Ausschuss wurde im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung sowie im Haupt-,Wirtschafts- und Finanzausschuss vorberaten. Die Vorsitzenden Böhm und Pfalz berichten, dass der Antrag entgegen der Stimmen der Marburger Linken in beiden Ausschüssen zur Ablehnung empfohlen wurde. Es ist Aussprache angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Böhm, Farah, Pfalz, Bastian und Rink sowie Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Ende der Aussprache stellt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher den Antrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke, Piratenpartei

Nein-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM, B90/ Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD

Enthaltungen: StV. Göttling

**zu 12.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Bau einer Zwei-Felder Sporthalle
im Stadtteil Michelbach****VO/0870/2022**

Der Antrag wurde durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

**zu 12.4 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr.: Unabhängige Studie für Trink-
wasser in Michelbach-Nord****VO/0875/2022**

Die Ausschussvorsitzende Messik berichtet, dass der Antrag im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie vorberaten wurde, und dort entgegen der Stimmen der CDU/ FDP zur Ablehnung empfohlen wurde. Es wurde Aussprache angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Noe, Volz und Simon sowie die Bürgermeisterin Nadine Bernshausen.

Nach Aufruf durch den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher entscheidet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM, StV. Göttling

Nein-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: Marburger Linke, AfD, Piratenpartei

**zu 12.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Lebensdaten am Grab
des Philosophen Friedrich Albert Lange anbringen**

VO/0900/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport vorbereitet.
Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Dem Antrag wird in der geänderten Fassung die Zustimmung empfohlen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin stimmen die Stadtverordneten über den so geänderten Antrag ab:

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, warum das Grab des Philosophen Friedrich Albert Lange (1828 – 1875) im Hauptfriedhof keinen Grabstein hat und ob ein Hinweis mit dessen Namen und Lebensdaten angebracht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM, B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg, Piratenpartei, StV. Göttling
Nein-Stimmen: AfD
Enthaltungen: keine

zu 12.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Errichtung von Photovoltaikanlagen für Klimaschutz und bezahlbare Energieversorgung

VO/0901/2022

Für den Ausschuss für Klimaschutz Umwelt und Energie berichtet die Ausschussvorsitzende Messik. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Es wurde Aussprache angemeldet.

Dazu sprechen die Stadtverordneten Sturm, Rupp, Klusmann, Bauder-Wöhr und Schöninger. Der Stadtrat Dr. Kopatz spricht ebenfalls zur Sache.

Nach Ende der Aussprache ruft der stellvertretende Stadtverordnete zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM, Marburger Linke, Piratenpartei, StV. Götting

Nein-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD; Klimaliste, AfD

Enthaltungen: keine

zu 12.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Regionale Energiewende in öffentlicher Hand voranbringen: Windvorrangflächen 3129 (Bürgelner Gleichen/ Nördl. Lahnberge) und 3130 (Lichter Küppel/ Südl. Lahnberge) durch die Stadtwerke Marburg entwickeln**VO/0912/2022**

Die Ausschussvorsitzende Messik berichtet, dass der Antrag im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie in geänderter Fassung bei Enthaltung der Marburger Linken und der CDU/ FDP mehrheitlich zur Annahme empfohlen wurde.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung verfolgt das Ziel, die regionale Energiewende so zu gestalten, dass insbesondere bei der Entwicklung der Windvorranggebiete auf dem Gebiet der Universitätsstadt Marburg die Wertschöpfung so weit wie möglich in der Region erfolgt und Bürger*innen sich auch finanziell beteiligen können, um so die Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken.

Der Magistrat wird beauftragt ein Konzept zu entwerfen, wie die Entwicklung unter Federführung der Universitätsstadt Marburg zur Erreichung des o.g. Ziels umgesetzt werden kann, und damit an das Hessische Umweltministerium heranzutreten m.d.B. einen Vertrag über die Nutzung der Windvorrangflächen 3129 und 3130 mit der Universitätsstadt Marburg bzw. den Stadtwerken Marburg zu schließen.

Die Universitätsstadt Marburg schließt sich der Resolution der Regionalversammlung Mittelhessen vom 08.07.2022 an, mit der diese die Hessische Landesregierung aufgefordert hat, bei der Vergabe von Nutzungsrechten für Windenergievorranggebiete, die sich im Eigentum des Landes Hessen befinden, den jeweiligen Standortkommunen ein „Vor-Zugriffsrecht“ einzuräumen, wenn diese mit eigenen Gesellschaften oder in Kooperation mit einer Energiegenossenschaft eine finanzielle Beteiligung der Bevölkerung vor Ort an den Betriebsgesellschaften ermöglichen wollen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD; Klimaliste Marburg, Piratenpartei, StV. Götting

Nein-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM

Enthaltungen: Marburger Linke, AfD

zu 12.8 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Fassadenbepflanzung Parkhaus**Oberstadt****VO/0922/2022**

Der Antrag wurde im Ausschuss zurückgestellt.

zu 12.9 Prüfantrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Baum- und Grünflächenbewässerung mit Schwimmbadwasser**VO/0923/2022**

Die Ausschussvorsitzende Messik berichtet, dass der Antrag im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie einstimmig zur Annahme empfohlen wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten zu prüfen, ob nicht mehr benötigtes Schwimmbadwasser zur Bewässerung von Baum- und Grünflächen nutzbar gemacht werden könnte. Diese Prüfung sollte im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit erfolgen aber auch emotionale Faktoren berücksichtigen wie z.B. die Vorbildfunktion im kreativen, sparsamen Umgang mit Wasser und die Außenwirkung für Marburg als nachhaltig agierende Stadt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12.10 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Schaffung von modernen Fahrradstellmöglichkeiten vor allen Bürgerhäusern und Kindertagesstätten Marburgs**VO/0924/2022**

Der Stadtverordnete Hussein berichtet aus dem Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation. Der Antrag wurde dort einstimmig zur Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Alle Bürgerhäuser Marburgs werden hinsichtlich der Schaffung moderner Fahrradabstellmöglichkeiten (Anlehnbügel) geprüft. Wo veraltete und/oder defekte Fahrradabstellanlagen vorhanden sind, erfolgt direkt eine Erneuerung. Wo noch keine Abstellanlagen vorhanden sein sollten, wird jeweils nach einem passenden Platz gesucht, um dort eine Installation durchzuführen.

Auch vor allen Kindertagesstätten in Marburg (was den jeweiligen öffentlichen Raum vor den Kindertagesstätten einschließt) soll der Bau von Fahrradlehnenbügel geprüft werden. Wo es unproblematisch und ohne größeren Aufwand möglich ist, soll direkt eine Installation erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu **Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Begrünung städtischer Gebäude**

12.11 VO/0925/2022

Für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderte Antrag wurde einstimmig zur Annahme empfohlen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Universitätsstadt Marburg, die Fassaden städtischer Gebäude, z. B. Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen, Bürgerhäuser etc. so bald wie möglich zu begrünen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Prüfantrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs in Marburg
12.12 VO/0926/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation vorbereitet. Der Ausschussvorsitzende Hussein berichtet, dass der Antrag im Ausschuss verändert wurde und die so geänderte Fassung einstimmig zur Annahme empfohlen wurde.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die nachfolgenden drei Maßnahmen sollen hinsichtlich Ihrer Machbarkeit geprüft werden:

- 1.) Herstellen einer legalen Möglichkeit zum "U-Turn" für Fahrradfahrer, die vom Lahntor/Untergasse auf den Rudolphsplatz in Fahrtrichtung Biegenstraße/Pilgrimstein fahren wollen.
- 2.) Herstellen einer legalen Möglichkeit zum Linksabbiegen für Fahrradfahrer, die von der Ketzerbach in die Elisabethstraße fahren wollen.
- 3.) Der Magistrat möge sich mit der Gemeinde Lahntal ins Benehmen setzen, dass das Herstellen eines Lückenschlusses zwischen dem Fernradweg R2 bei Sterzhäusern und Michelbach ermöglicht wird, um Fahrradfahrern (auch Pendlern zum Standort Görzhäuser Hof) eine sichere und allwettertaugliche asphaltierte Radwegverbindung aus dem Lahntal bis Michelbach entlang der stark befahrenen K79 anbieten zu können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Anbringung barrierefreier Straßenschilder
12.13 VO/0932/2022

Der Antrag wurde zur Vorberatung in den Ausschuss verwiesen.

**zu Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr. Aufhebung der Satzung für den
12.14 Beirat für Stadtgestaltung
VO/0933/2022**

Der Antrag wurde durch die Antragssteller zurückgezogen.

**zu Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Klima-
12.15 liste Marburg betr.: N-Wort ächten – Rassismus keinen Raum geben
VO/0935/2022**

Der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung berichtet, dass die CDU/FDP/BfM Fraktion sowie die Fraktion Marburger Linke dem Antrag beigetreten sind. Der Antrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft den Antrag zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung erkennt an, dass die Verwendung des N-Wortes rassistisch ist. Die Stadtverordnetenversammlung steht an der Seite von Betroffenen von Diskriminierung und setzt sich für eine diskriminierungsfreie und vielfältige Stadtgesellschaft ein.

Die Universitätsstadt Marburg setzt weiterhin alle notwendigen Maßnahmen für eine Sensibilisierung um. Dazu gehören Bildungsangebote, sowie die im „Handlungskonzept für Dialog und Vielfalt“ vorgesehene Unterstützung für Institutionen, Vereine und lokale Beratungsstellen, die in diesem Feld tätig sind.

Die Universitätsstadt Marburg setzt sich dafür ein, dass die Verwendung des N-Wortes gemieden und geächtet wird. Selbstbezeichnungen Schwarzer Menschen sind davon ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM, B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg, Piratenpartei, StV. Götting
Nein-Stimmen: AfD
Enthaltungen: keine

zu Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr.: Sprachförderung sicherstellen –
12.16 „Sprach-Kitas“ erhalten
VO/0938/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss zur Vorberatung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

zu Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr.: Räumung Lager B3
12.17 VO/0940/2022

Der Antrag wurde im Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsausschuss vorberaten. Der Ausschussvorsitzende Pfalz berichtet, dass der Antrag mehrheitlich zur Ablehnung empfohlen wurde. Es wurde Aussprache angemeldet. An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Schaffner, Schmidt und Sanchez.

Nach Ende der Aussprache ruft die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM

Nein-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, AfD,
Piratenpartei, StV. Götting

Enthaltungen: keine

zu Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, Bündnis 90/Die Grünen
12.18 und SPD betr.: Sanierungsfahrpläne für städtische Gebäude und die
Gebäude städtischer Gesellschaften
VO/0941/2022

Für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie berichtet die Ausschussvorsitzende Messik. Der Antrag wurde einstimmig zur Annahme empfohlen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt bis zum Frühjahr 2023 für die städtischen Liegenschaften sowie den Bestand an Wohn- und Nicht-Wohngebäuden der städtischen Gesellschaften (Stadtwerke, GeWoBau, DBM) Klimaschutz-Fahrpläne vorzulegen bzw. wenn noch nicht erstellt, zu entwickeln. Maßgeblich soll dabei das 1,5-Grad-Ziel sein.

Die Klimaschutz-Fahrpläne sollen die jährliche Menge an CO₂-Emissionen sowie die für die Zielerreichung notwendige jährliche CO₂-Reduktion enthalten.

Die jährliche CO₂-Reduktion ist mit konkreten Maßnahmen und voraussichtlichen Kosten zu hinterlegen (Umstellung von fossilen auf regenerative Energieträger, Umstellung auf Fernwärme, Einbau von Wärmepumpen, Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie, Gebäudesanierung, etc.).

Die Berechnung der CO₂-Jahresmenge soll auf der Basis von einheitlichen CO₂-Äquivalenten erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der CDU/FDP-Fraktion und der BfM betr.: Marburger Eispa-
12.19 last erhalten
VO/0943/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die Antragsstellerin zurückgezogen.

zu Antrag der Fraktionen Klimaliste Marburg, Bündnis90/Die Grünen
12.20 und SPD betr.: Fachtagung „Queerkompetenz“
VO/0946/2022

Für den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung berichtet der Ausschussvorsitzende Böhm. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, dem Antrag zuzustimmen. Es wurde Aussprache angemeldet. Es sprechen die Stadtverordneten Diehl, Knaack, Katharina Rink, Hövel sowie der Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Ende der Aussprache und Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Magistrat wird damit beauftragt eine Fachtagung möglichst im Jahr 2023 zum Thema „Queerkompetenz“ in Marburg für die Verwaltung, sowie für interessierte Bürger*innen, auszurichten.

Dazu soll über die Bedürfnisse und Anliegen queerer Menschen, wie die Notwendigkeit selbstdefinierter Räume, aufgeklärt werden und Begrifflichkeiten (z.B. queer, trans*, nichtbinär und co) sowie queersensible Sprache vermittelt werden. Durch die Vorstellung bestehender queerer Angebote, soll ein Überblick über das Engagement im queeren Bereich in Marburg geschaffen werden, aber es soll auch durch Vorstellung neuer Projekte und Initiativen im deutschsprachigen Raum (wie zum Beispiel SCHLAU), die Möglichkeit gegeben werden zu vernetzen und Infrastrukturen weiter auszubauen. Ganz besonders bieten sich hier Themenblöcke wie „trans* sein im Alltag“ und Intersektionalität an.

Initiativen sollen möglichst von den in diesem Bereich (ggf. ehrenamtlich) tätigen Personen vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei, StV. Göttling

Nein-Stimmen: CDU/ FDP/ BfM, AfD

Enthaltungen: keine

zu Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion und der BfM betr. Einführung von

12.21 Reparaturboni

VO/0962/2022

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Berichtsantrag zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und schriftlich zu berichten, ob die Stadt Marburg in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf einen Reparaturbonus in einer Höhe von bis zu € 200,00 pro Gerät für Elektro- und Elektronikgeräte aus Privathaushalten einführen kann. Dieser Reparaturbonus soll bei ausgewählten Handwerksbetrieben eingelöst werden

können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Kenntnisnahmen

zu 13.1 Beteiligungsbericht 2022 der Universitätsstadt Marburg

VO/0939/2022

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 18. Beteiligungsbericht der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

zu 13.2 Vollzug des Haushaltsplans 2022

hier: Zwischen- und Budgetbericht zum 30.09.2022

VO/0951/2022

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung von Eckwerten über den Vollzug des Haushaltsplans 2022 sowie die Zusammenstellung der bewirtschafteten Budgets zum 30.09.2022 zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Die Stadtverordnetenvorsteherin dankt den Teilnehmenden und schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

Marburg, 10.11.2022

Vorsitz:

Protokoll:

Dr. Elke Neuwohner

Clara Easthill

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 3, 4, 15 und 16

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Jens Seipp
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Welche Aufträge der Stadt sind mit welchem Auftragsvolumen im laufenden Jahr sowie in den Jahren 2020 und 2021 an Werbeagenturen gegangen, die in Marburg ansässig sind?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Da die Aufträge nicht zentral erfasst sind, läuft eine Abfrage bei den einzelnen Fachdiensten in der Verwaltung, die jedoch aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht abgeschlossen ist. Die Antwort wird daher nachgereicht.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Welche Maßnahmen setzt der Magistrat zeitnah zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fußgänger*innen zwischen Höhenweg und Rotenberg um, etwa eine deutlichere Markierung oder Abgrenzung zwischen Fußweg und Straße (inklusive der regelmäßigen Gehölzpflege) sowie eine bessere Ausleuchtung des Fußwegs?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

In dem angesprochenen Bereich wurde der Seitenstreifen der Kreisstraße vor vielen Jahren asphaltiert, es handelt sich dabei nicht um einen ausgewiesenen Fußweg.

Der Abschnitt zwischen Höhenweg und Rotenberg befindet sich teilweise außerhalb der geschlossenen Ortslage. Die Anlage eines durchgehenden begleitenden Gehweges würde nach den geltenden Richtlinien (ERA bzw. EFA) den gleichen Voraussetzungen unterliegen wie die Anlage eines Geh- und Radweges. Dies erfordert einen Abstand von mind. 1,75m zum Fahrbahnrand und eine Mindestbreite von 2,50m für einen Zweirichtungsverkehr. Dies ist kurzfristig nicht realisierbar.

Eine Beleuchtung des Straßenabschnittes ist wechselseitig vorhanden. Der Zustand der Beleuchtungssituation, insbesondere die Verschattung durch Äste, wird kurzfristig überprüft, ebenso die Bewuchssituation entlang des Seitenstreifens.

Die Fahrbahnrandmarkierungen sollen erneuert werden. Dies wurde aufgrund der kürzlich durchgeführten Deckensanierung noch zurückgestellt.

Dr. Michael Kopatz
Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, wieso er einer Bitte und Nachfrage vom 28. Juli 2022 durch die GEW Hessen nicht nachkommen möchte, welche landesweit die Städte und Landkreise befragt, um im Zuge der gesetzlichen Einführung zur Ganztagschule mit Blick auf das Schuljahr 2026/27, sich einen Überblick über die aktuelle Personalsituation in den ganztägigen Angeboten zu verschaffen, insbesondere um das Personal und die Personalkosten im Primarbereich zur Betreuung der Kinder (inklusive der Daten für die Förderschulen bis zur 4. Klasse sowie des Grundschulbereichs von Schulen, die auch in der Sekundarstufe unterrichten)? Von Interesse ist dabei auch wieviel Geld in Hessen vom Land zur Verfügung gestellt wird, und was die Kommunen als Schulträger bezahlen.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Universitätsstadt Marburg ist immer und gerne bereit, Informationen für Dritte, auch für die GEW, im Rahmen unserer Serviceorientierung zur Verfügung zu stellen.

So wurden - trotz angespannter Personalsituation im Fachdienst Schule - wunschgemäß folgende Unterlagen, die auch öffentlich zugänglich sind, mittels URL zur Verfügung gestellt:

- 9. Statistische Fortschreibung der Schulentwicklungspläne für Grundschulen (Teilplan A 1) und für die allgemeinbildenden weiterführenden Schulen (Teilplan A 2) der Universitätsstadt Marburg
 - o darin enthalten die detaillierten Darstellungen der einzelnen Grundschulen zu Betreuungsangeboten und Ganztagsentwicklung; Übersicht über die Stellenverteilung der ganztätig arbeitenden Schulen inkl. der bekannten Planungen für das Schuljahr 2022/2023
 - o Information über die einzelnen Schulen im Pakt für den Nachmittag bzw. den entsprechenden Ganztagsprofilen (I – III)
 - o Darstellung des Marburger Modells (Zusammenfügen der städtischen Ressourcen mit den Ganztagsmitteln des HKM zu einem Konzept; Fördern in Lernzeiten durch Doppelbeset-

zung (Lehrkraft/pädagogische Fachkraft); Ausweitung und Erhalt einer vielfältigen und attraktiven Angebotspalette in Ganztage und Betreuung; Lebenswelt Schule als ganztätiges Angebot, ohne „Bruch“ zwischen Vormittag und Nachmittag

- o Prognose über Schüler*innenzahlen bis zum Schuljahr 2027/2028
- fortgeschriebene Übersicht der Anzahl an teilnehmenden Kindern in den Betreuungsangeboten an den einzelnen Grundschulen seit dem Schuljahr 1993/1994
- Betreuungsordnung für die städtischen Betreuungsangebote an Grundschulen der Universitätsstadt Marburg
- Entgeltordnung für die Betreuungsangebote

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. Oktober 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, ob es beim Bauprojekt Café Central (Christus Treff) am Richtsberg zu Ausnahmen und Befreiungen laut Baurecht kommt (und ob diese Abweichungen nach Vorstellung im Ortsbeirat Richtsberg vorgenommen wurden) bzw. ob es zutreffend ist, dass bei den Umbaumaßnahmen auch Wohnungen entstehen (und falls ja, für wen)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 63 - Bauaufsicht
Dezernent/Dezernentin:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Bei dem Bauprojekt Café Central am Richtsberg gab es folgende Befreiungen:

- Überschreitung der Baugrenze im östlichen Bereich um ca. 9,71 m²
- Überschreitung der Anzahl der Vollgeschosse: das neue Gebäude soll mit IV Vollgeschossen errichtet werden, im B-Plan sind max. II Vollgeschosse zulässig
- Überschreitung der GFZ um 0,17 (von 0,6 zulässig auf 0,77)

Der Ortsbeirat wurde beteiligt, die Rückmeldung war: „Keine Bedenken“.

Wohnungen sind in dem Gebäude laut den genehmigten Plänen nicht vorgesehen.

Dr. Michael Kopatz

Stadtrat